

10/SN-254/ME



**HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER**

1031 WIEN

KUNDMANNGASSE 21

POSTFACH 600

TEL. 0222/711 32

TELEX 136682 hvsvt a

TELEFAX 711 32 3777

DVR 0024279

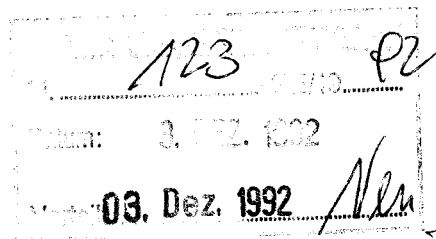
Kl. 1203/DW

Zl. 12-43.00/92 Rf/En

Wien, 1. Dezember 1992

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien



*St. Hajek*

**Betr.:** Entwurf eines Bundesgesetzes über Sicherheit  
und Gesundheitsschutz bei der Arbeit  
(Arbeitsschutzgesetz-ASCHG)

**Bezug:** Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales an  
den Hauptverband vom 21. September 1992, Zl. 61.005/5-3/92

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat uns ersucht, Ihnen  
25 Ausfertigungen unserer Stellungnahme zu übersenden.

Wir übermitteln Ihnen hiemit die erbetenen Kopien.

Der Generaldirektor:

Beilagen

**HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER**

A-1031 WIEN KUNDMANNGASSE 21

POSTFACH 600

TEL. 0222/711 32

TELEX 136682 hvsvt a

TELEFAX 711 32 3777

DVR 0024279

KI. 1203/DW

Zl. 12-43.00/92 Rf/St

Wien, 1. Dezember 1992

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales  
Zentral-Arbeitsinspektorat

Stubenring 1  
1010 Wien

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes über Sicherheit  
und Gesundheitsschutz bei der Arbeit  
(Arbeitsschutzgesetz-ASCHG)

Bezug: Ihr Schreiben vom 21. September 1992,  
Zl. 61.005/5-3/92

Der Hauptverband erhebt gegen den vorliegenden Gesetzesentwurf  
keine grundsätzlichen Einwände.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfes sei jedoch folgen-  
des angemerkt.

**Zu § 2 des Entwurfes**

Die im § 2 des Entwurfes enthaltenen Begriffsbestimmungen sollten  
genauer gefaßt werden.

So ist aufgrund der Definition des Begriffs "Arbeitneh-  
mer/Arbeitnehmerinnen" in § 2 Abs.1 des Entwurfes nicht eindeutig feststell-  
bar, ob Schüler und Studenten, die eine im Rahmen des Lehrplanes bzw. der  
Studienordnung vorgeschriebene oder übliche praktische Tätigkeit ausüben  
oder Personen, die einen Werkvertrag abgeschlossen haben, unter diesem  
Begriff zu subsumieren sind.

Überdies sollte in dieser Bestimmung auch der Begriff des Arbeitge-  
bers definiert werden.

Zur Straffung des Textes sollte unseres Erachtens in einer General-  
norm festgelegt werden, daß personenbezogene Bezeichnungen, die nur in  
männlicher Form angeführt sind, sich auf Frauen und Männer in gleicher Wei-  
se beziehen (vgl. § 2 der Regierungsvorlage zum Bundespflegegeldgesetz).

### **Zu § 15 des Entwurfes**

Nach dieser Bestimmung sind Aufzeichnungen über alle Arbeitsunfälle zu führen, die eine Verletzung oder den Tod zur Folge gehabt haben, sowie über alle Ereignisse, **die beinahe zu einem Arbeitsunfall geführt hätten.**

Unseres Erachtens ist die Aufzeichnung von Ereignissen, die beinahe zu einem Arbeitsunfall geführt hätten, mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, daß dem Dienstgeber voraussichtlich nicht alle "Beinahe - Arbeitsunfälle" bekanntgegeben werden.

Die Beseitigung dieser Aufzeichnungspflicht wäre daher überlegenswert.

### **Zu § 48 Abs.2 des Entwurfes**

Diese Bestimmung sollte dahingehend ergänzt werden, daß das Arbeitsinspektorat auch auf Antrag des zuständigen Unfallversicherungsträgers zur bescheidmäßigen Feststellung verpflichtet ist, ob ein Arbeitnehmer zur Ausübung der Tätigkeit gesundheitlich geeignet ist, soweit nicht § 49 zur Anwendung kommt.

Hiedurch wäre sichergestellt, daß den Unfallversicherungsträgern frühzeitig die Möglichkeit eingeräumt wird, bei allenfalls zu Leistungen der Unfallversicherung führenden gesundheitlichen Belastungen von Arbeitnehmern einschreiten zu können.

### **Zu § 49 des Entwurfes**

Die Befunde über Eignungs- und Folgeuntersuchungen sollten entsprechend der derzeitigen Regelung des § 8 Abs.3 Arbeitnehmerschutzgesetz auch an den zuständigen Unfallversicherungsträger übermittelt werden.

### **Zu § 50 Abs.1 des Entwurfes**

Nach dieser Bestimmung haben Arbeitnehmer, die eine Tätigkeit ausüben oder ausüben sollen, bei der ihre persönliche Lärmexposition voraussichtlich einen Beurteilungspegel von 85 dB übersteigt, das Recht, sich vor Aufnahme dieser Tätigkeit in regelmäßigen Zeitabständen einer arbeitsmedizinischen Untersuchung der Hörfähigkeit zu unterziehen.

In der Praxis werden arbeitsmedizinische Untersuchungen der Hörfähigkeit in Form von Reihenuntersuchen durch geeignete Stellen angeboten, welche neben den rein medizinischen Leistungen eine umfangreiche Beratungs- und Aufklärungstätigkeit sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber leisten. Die Untersuchung sollte daher, wenn sie in Form von Reihenuntersuchungen angeboten wird, jedenfalls obligatorisch sein. Im übrigen sollten, sofern es sich nicht um Untersuchungen im Rahmen von Reihenuntersuchungen handelt, jedenfalls nur ermächtigte Ärzte damit betraut werden.

Der Hauptverband schlägt daher vor, § 50 Abs.1 des Entwurfes folgenden Satz anzufügen:

"Wenn diese Untersuchungen in Form von Reihenuntersuchungen durch geeignete Stellen, wie z. B. arbeitsmedizinische Dienste, AUVA, angeboten werden, besteht die Verpflichtung des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin zur Inanspruchnahme dieser Untersuchungen"

Überdies sollte im ersten Satz dieser Bestimmung zur Vermeidung von Mißverständnissen eindeutig klargestellt werden, daß dieser Anspruch auch dann besteht, wenn die persönliche Lärmexposition tatsächlich den festgelegten Beurteilungspegel überschreitet.

#### **Zu § 52 Abs.2 des Entwurfes**

In dieser Bestimmung sollte entsprechend § 8 Abs.5 Arbeitnehmerschutzgesetz festgelegt werden, daß der Kostenersatz für Untersuchungen zur Feststellung der gesundheitlichen Eignung für die Ausübung von Tätigkeiten, die eine Berufskrankheit verursachen können, **höchstens nach den bei der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter jeweils geltenden Honorarsätzen** zu leisten ist. Tarife, die in der Honorarordnung der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter nicht festgelegt sind, sollten nach Anhörung des Hauptverbandes mittels Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales entsprechend dem Honorarniveau vergleichbarer Leistungen der Krankenversicherung bestimmt werden.

Sollte diese Kostenbegrenzung nicht vorgesehen werden, sondern eine freie Honorarvereinbarung normiert werden, hätte dies

1) massive präjudizielle Auswirkungen auf die Honorarvereinbarungen der Krankenversicherungsträger, was deutliche Kostensteigerungen zu Lasten der Beitragszahler (Dienstnehmer/Dienstgeber) bewirken würde,

2) für die Unfallversicherungsträger voraussichtlich eine erhebliche Kostensteigerung

zur Folge.

### **Zu § 61 des Entwurfes**

Nach dieser Bestimmung haben Arbeitnehmer, die bei einem nicht unwesentlichen Teil ihrer normalen Arbeit ein Bildschirmgerät benutzen, Anspruch auf bestimmte ärztliche Untersuchungen der Augen und des Sehvermögens.

Nach den Erläuterungen soll es möglich sein, daß die Kosten der Untersuchung nicht von den Arbeitgebern getragen werden, sondern vom Versicherungsträger.

Unseres Erachtens sollten die Kosten der Untersuchung jedoch ausschließlich durch den Arbeitgeber getragen werden, da es sich um eine rein arbeitsrechtliche Angelegenheit handelt.

Für diese Auffassung spricht auch, daß in den Erläuterungen zu § 61 Abs. 3 Z. 5 des Entwurfes ausgeführt ist, daß die Kosten für Sehhilfen deshalb vom Arbeitgeber zu tragen sind, weil den Arbeitnehmer keine finanziellen Belastungen - auch nicht im Wege der Beitragsleistung - treffen dürfen.

Dies sollte auch für die Kosten der augenärztlichen Untersuchungen gelten. Auch hier dürfte es zu keiner mittelbaren Kostentragung durch den Arbeitnehmer kommen, weshalb im gegebenen Zusammenhang zumindest eindeutig kargestellt werden müßte, daß eine Kostentragung durch die gesetzliche Krankenversicherung nicht in Betracht kommt.

### **Zu § 71 des Entwurfes**

Nach der vorgesehenen Konzeption der betriebsärztlichen Betreuung gibt es wie bisher auch den betriebseigenen (angestellten) Betriebsarzt.

Auch wenn durch die Anwendbarkeit des Ärztegesetzes kargestellt ist, daß dieser Arzt unabhängig ist, sollte man sich bei dieser Regelung doch bewußt sein, daß das Dienstverhältnis zwischen Betriebsarzt und Arbeitgeber ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis schafft und dadurch Interessenskollisionen entstehen können.

### **Zu § 74 Abs.2 des Entwurfes**

Werden in einer Arbeitsstätte regelmäßig mehr als 500 Arbeitnehmer beschäftigt, so hat der Arbeitgeber nach dieser Bestimmung unabhängig von der Form der betriebsärztlichen Betreuung geeignete Fachkräfte in ausreichender Anzahl während der gesamten betrieblichen Arbeitszeit zu beschäftigen.

In § 24 des Entwurfes ist überdies die Verpflichtung des Arbeitgebers statuiert, Arbeitnehmer zu bestellen, die für die Erste Hilfe zuständig sind.

Unseres Erachtens sollte in den Erläuterungen klargestellt werden, daß es sich bei den in den beiden genannten Bestimmungen genannten Personen um idente Personen handeln kann.

#### **Zu § 89 Abs.1 des Entwurfes**

Diese Bestimmung sollte dahingehend präzisiert werden, daß unter "Bauarbeiten" nicht sämtliche Reparaturen und Wartungsarbeiten (z.B. Einbau neuer Türen) zu verstehen sind.

\*\*\*

Abschließend bitten wir Sie auch die Ausführungen der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt - deren Stellungnahme Ihnen direkt übermittelt werden wird - zum vorliegenden Entwurf zu berücksichtigen.

25 Exemplare dieser Stellungnahme werden dem Präsidium des Nationalrates direkt übermittelt.

Der Generaldirektor:

